

ZWISCHEN VERSÖHNUNG UND ROUTINE

Die deutsch-polnischen Beziehungen seit Beginn der 1990er Jahre

Kamila Mazurek

Die historischen Ereignisse nach dem Jahr 1989 gaben den Impuls für eine Reihe von Versöhnungsgesten in den deutsch-polnischen Beziehungen. Daher kann man in den 1990er Jahren von der Entstehung einer deutsch-polnischen Versöhnungspolitik sprechen.¹ Die Versöhnungspolitik, die die nachbarschaftlichen Beziehungen in den 1990er Jahren fördern sollte, verlor allerdings zunehmend an Bedeutung – insbesondere nach der Machtübernahme der SPD im Jahre 1998, die für eine pragmatische Außenpolitik plädierte.² Die Marginalisierung der Versöhnungspolitik wurde durch die auf nationale Interessen pochende polnische Koalitionsregierung aus PiS, LPR und Samoobrona schließlich zementiert.

Geopolitischer Kontext der Versöhnungspolitik

Nach dem Ende des Kalten Krieges änderten sich für die Republik Polen und die Bundesrepublik die Prioritäten ihrer Außenpolitik sowie ihre gegenseitige Wahrnehmung. Welche Schritte unternahmen die Regierungen beider Länder, um eine Annäherung der beiden Nachbarvölker nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zu ermöglichen? Welche Faktoren haben dabei eine Rolle gespielt und welche Konsequenzen hatten sie?

Im vorliegenden Beitrag wird die These vertreten, dass sich die bilateralen Beziehungen allmählich von der Versöhnungspolitik abkehrten, wobei manche Beobachter letzteres ohnehin als eine substanzlose Fassade werten. Dabei soll der Veränderungsprozess der letzten knapp 20 Jahre dargestellt werden: von den Anfängen einer Versöhnungspolitik über eine routinierte Zusammenarbeit bis hin zur Eskalation latenter Spannungen unter

¹ H.W. Maull dazu: „Die Versöhnungspolitik kann als eines der grundlegenden Prinzipien der außenpolitischen Kultur Deutschlands bezeichnet werden“, H.W. Maull, *Außenpolitische Kultur*, in: K.-R. Korte, W. Weidenfeld (Hg.), *Deutschland Trendbuch. Fakten und Orientierungen*, Bonn 2001, zitiert nach P. Buras, *Stosunki polsko-niemieckie. W poszukiwaniu nowego paradygmatu*, in: „Stosunki Międzynarodowe – International Relations“ 2007, Nr. 1–2.

² Vgl. B. Geremek, *Die deutsch-polnische Versöhnung stärkt die europäische Gemeinschaft*, Berliner Rede zum 20. Jahrestag der Gründung des ersten Dachverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaften, „Dialog“ 2007, Nr. 77–78, verfügbar auf: <http://www.dialogonline.org/Geremek-D.htm> (abgerufen am 7.05.2008).

der konservativen Regierung aus PiS, LPR und Samoobrona – deren Ursachen gleichwohl auf beiden Seiten verortet werden können.

Institutionalisierung der Versöhnungspolitik?

Die Versöhnungspolitik zu Beginn der 1990er Jahre beschränkte sich zunächst vorrangig auf die Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen der bilateralen Beziehungen. Die nachbarschaftlichen Kontakte zwischen Deutschland und Polen umfassen allerdings zwei Ebenen: „auf staatlicher Ebene in Form von Verträgen mit anderen europäischen Ländern sowie auf lokaler Ebene durch Aktivitäten der Gemeinden“³. Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland trug vor allem der Deutsch-Polnische Grenzvertrag vom 14. Oktober 1990 bei, mit dem die deutsch-polnische Oder-Neiße-Grenze anerkannt wurde. Die Bestimmungen dieses am 17. Juni 1991 unterzeichneten „Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ sollten die bilateralen Beziehungen regeln.⁴ Artikel 1 des Vertrags besagt, dass „die beiden Vertragsparteien ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten werden. Sie streben eine enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an.“⁵ Für die lokale Ebene scheint vor allem der Artikel 12 relevant zu sein, der besagt, dass „die Vertragsparteien der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung beimessen“. An einer weiteren Stelle heißt es: „Die Vertragsparteien werden diese Zusammenarbeit, insbesondere die Tätigkeit der Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, auf allen Gebieten erleichtern und fördern.“⁶

Laut dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl konnte man mit diesem deutsch-polnischen Vertragswerk „an die guten Traditionen des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker, des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs und der Begegnung der Menschen anknüpfen [...] Das demokratische Polen hat für uns und für mich ganz selbstverständlich seinen natürlichen Platz in der Europäischen Union.“⁷ Ferner fügt er hinzu: „Es liegt im deutschen wie im wohlverstandenen europäischen Interesse, daß wir bei der Erweiterung der Europäischen Union immer auch unsere östlichen Nachbarn – ich nenne

³ S. Malarski, *Polskie województwa samorządowe jako regiony europejskie*, in: *Rola regionów w procesie integracji europejskiej*, Internationale Konferenz in Oppeln, 23.–24.09.1999, S. 31.

⁴ Vgl. *Polsko-niemiecki traktat o dobrym sąsiedztwie – geneza i perspektywy*, Konferenzbeitrag, Balice bei Krakau, Friedrich-Ebert-Stiftung, Warszawa 1994.

⁵ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, verfügbar auf: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Polen/Vertraege/Nachbarschaftsvertrag.pdf>, Art. 1 (abgerufen am 20.05.2008).

⁶ A.a.O., Art. 12, Abs. 2.

⁷ Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl im Polnischen Parlament vor Mitgliedern von Sejm und Senat vom 6. Juli 1995, verfügbar auf: <http://www.berlin.polemb.net/index.php?document=332> (abgerufen am 11.06.2008).

hier besonders Polen – im Auge haben.“⁸ Im Jahre 1993 sagte der deutsche Bundesverteidigungsminister Volker Rühe: „Ein freies Europa endet nicht an der Oder-Neiße-Grenze.“⁹ Die Idee einer EU-Erweiterung wurde von beiden Seiten unterstützt. Während einer gemeinsamen Sondersitzung des Bundestages und des Bundesrates in Bonn im Jahr 1995 sagte der damalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski:

Die Zusammenarbeit beider Länder in einem vereinten Europa gilt heutzutage als eines der grundlegenden Ziele und eine der Grundlagen der bilateralen Beziehungen. Sie verleiht ihnen eine bestimmte Bedeutung und liefert große Motivation. Man denke an die junge Generation von Deutschen und die junge Generation von Polen, Gott gebe, sie wären die glücklichen Menschen des 21. Jahrhunderts.¹⁰

Einen wichtigen Teil der Partnerschaft stellte die wirtschaftliche Zusammenarbeit dar, die auch im „Vertrag über gute Nachbarschaft und partnerschaftliche Zusammenarbeit“ fest verankert wurde. Dazu schien allerdings Folgendes notwendig: eine stabile politische Lage, die Bekämpfung der Ressentiments der Polen gegenüber den Deutschen und umgekehrt, die Fortsetzung der wirtschaftlichen Transformation hin zu einer offenen Marktwirtschaft, die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf der regionalen und lokalen Ebene, eine Modernisierung der Infrastruktur sowie die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft in Polen. Die Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und den Polen sollte auch in Bezug auf die deutsche Minderheit in Polen sowie durch Partnerschaften auf kommunaler Ebene zwischen Polen und Deutschland vorangetrieben werden. Das infolge der gemeinsamen Erklärung von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki vom 2. November 1990 gegründete Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Polen trug zur intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei. Dieses wurde am 15. September 1994 in die Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer umgewandelt. Im selben Jahr wurde auch die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet. Die Unterstützung Deutschlands im wirtschaftlichen Bereich schloss auch die Modernisierung der veralteten oberschlesischen Industrie nach dem Muster des Ruhrgebiets ein.

Kraft dieses Vertrags gründete man im Jahre 1991 die Deutsch-Polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, die zu einer Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit beitragen sollte. Sie entstand auf Initiative von Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski. Die Kommission setzte sich unter anderem zum Ziel, „die Ermittlung und Lösung anstehender Probleme der Grenzregionen zu erleichtern, Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den Regionen auf beiden Seiten der deutsch-

⁸ Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 23. November 1994 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn: *Aufbruch in die Zukunft: Deutschland gemeinsam erneuern*, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 108 vom 24. November 1994, S. 985, verfügbar auf: http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/kohl_RE_1994/kohl_RE_1994.html (abgerufen am 12.07.2007).

⁹ *Die NATO als Fundament der Sicherheitsarchitektur der Zukunft*, Rede des Bundesverteidigungsministers am 21.5.1993 in Berlin, Bulletin Nr. 46 vom 2. Juni 1993, verfügbar auf: <http://www.glasnost.de/militar/bund/93redruehe.html> (abgerufen am 12.12.2007).

¹⁰ *Fragmenty przemówienia ministra spraw zagranicznych Władysława Bartoszewskiego wygłoszonego podczas specjalnej sesji Bundestagu i Bundesratu w Bonn, Historia dla przyszłości*, „Gazeta Wyborcza“, Nr. 101, 29. April 1995–1. Mai 1995, verfügbar auf: <http://wladyslawbartoszewski.blox.pl/2006/11/Historia-dla-przyszlosci.html> (abgerufen am 12.12.2007).

polnischen Grenze sowie zwischen regionaler, kommunaler und sonstiger Institutionen, Vereinigungen und Einrichtungen beider Staaten, die über die Grenzregionen hinausgehende Ziele verfolgen“¹¹, zu fördern.

Im Rahmen der Kommission sind zwei Ausschüsse entstanden: Der Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit soll sowohl die wirtschaftliche Kooperation als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen fördern, indem er Informationen bereitstellt, Initiativen unterstützt und Koordinationsarbeit leistet. Der Ausschuss für interregionale Zusammenarbeit hilft bei der Zusammenarbeit der Woiwodschaften, Städte und Gemeinden und ist zuständig für die Bereiche Arbeitsmarkt, Jugendaustausch sowie Natur- und Kulturschutz. Er soll Kontakte auf regionaler Ebene fördern, Kooperationsprojekte initiieren und koordinieren sowie die regionale Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern bzw. Woiwodschaften und regionalen Selbstverwaltungen der beiden Staaten überwachen.¹²

Außerdem regelt der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ den rechtlichen Status der deutschen Minderheit in Polen sowie der polnischen Bürger in Deutschland. Alle Aktivitäten sollten im Geiste „guter Nachbarschaft“ stehen und sich auf die politische, wirtschaftliche, regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Umweltschutz sowie den kulturellen und Jugendaustausch beziehen. Der damalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki erklärte: „Wir wollen Demokratie statt Diktatur.“ Die Vorsitzende des Deutschen Bundestages Rita Süßmuth sagte bereits im Jahre 1996 bei ihrem Besuch in Polen: „Polen ist ein Land, dem Deutschland viel Leid zugefügt hat, es sind jedoch die Leute, die die Brücken schlagen, um die Zusammenarbeit zu erneuern.“¹³ Ihrer Ansicht nach habe sich die deutsch-polnische interregionale Zusammenarbeit verbessert, und diese sei ein wichtiger Beitrag zur europäischen Integration.¹⁴

Das Weißbuch zur Außenpolitik der BRD spielte eine wichtige Rolle für die deutsch-polnischen Beziehungen. Diese Zielsetzungen stehen im Zusammenhang mit der historischen Belastung des Verhältnisses der mittelosteuropäischen Staaten zum nun wiedervereinten Deutschland.¹⁵ Ein weiterer Aspekt kam noch hinzu: Polen galt als „Sicherheitspuffer“, das die BRD vor ökonomisch-sozialer Instabilität in Mitteleuropa schützen sollte. Als eine der wichtigsten Prioritäten nennt das Weißbuch „das Streben nach einer Verständigung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn Deutschlands sowie die Aufnahme der Länder Mitteleuropas in die EU und die NATO“¹⁶.

Die Umsetzung der oben genannten Erklärung begann am 26. März 1998, als die NATO-Beitrittsprotokolle Polens ratifiziert wurden (555 Stimmen dafür, 37 Gegenstimmen, 30

¹¹ Siehe W. Malendowski, M. Ratajczyk, *Euroregiony. Polski krok do integracji*, Wrocław 2000.

¹² A. Trzcielińska-Polus, *Dziesięciolecie partnerskiej współpracy interregionalnej Województwa Opolskiego i Nadrenii – Palatynatu*, „Śląsk Opolski“ 2003, Jg. 48, Nr. 1, S. 36.

¹³ *Kronika międzynarodowa. Z pobytu R. Süßmuth w Polsce*, „Kronika sejmowa“ 1995, Nr. 122 (245) II kadencja, verfügbar auf: <http://kronika.sejm.gov.pl/kronika/ks-122.htm> (abgerufen am 23.05.2004).

¹⁴ A.a.O.

¹⁵ A. Simon, *Nowa tożsamość zjednoczonych Niemiec*, in: E. Stadtmüller (Hg.), *Współpraca i konflikty we współczesnej Europie*, Wrocław, 2005, S. 115.

¹⁶ A.a.O., S. 119.

Enthaltungen bei einer Gesamtzahl von 622 Stimmen).¹⁷ Man war sich darin einig, dass die beiden Staaten eine Interessengemeinschaft verbindet, die in einem gemeinsamen Willen zur Verständigung und Versöhnung der beiden Völker besteht. Bezeichnend ist die Aussage Helmut Kohls: „Ohne die deutsch-französische Freundschaft hätte der Prozess der europäischen Integration nicht beginnen können, ohne die deutsch-polnische Partnerschaft kann man den Prozess nicht endgültig beenden.“

Umdeutung historischer Erfahrungen

Deutschlands Polen-Politik wurde in den letzten 50 Jahren mehr oder weniger durch das Prisma seiner historischen Erfahrungen betrachtet. Unter „historische Erfahrungen“ sollen hier die Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs für das Nachbarschaftsverhältnis in der Nachkriegszeit verstanden werden. Das deutsche kollektive Gedächtnis und die Versöhnungspolitik sind direkte Ergebnisse jener historischen Erfahrungen. Wirkten sich diese Erfahrungen noch zu Beginn der 1990er Jahre positiv auf die deutsch-polnischen Beziehungen aus, so scheint für die heutige politische Elite in Deutschland der Zweite Weltkrieg für die bilateralen Beziehungen jedoch an Bedeutung zu verlieren. Was hier als besonders wichtig erscheint, ist, dass diese Wahrnehmung „vorläufig durch kein neues kohärentes Bildes ersetzt wurde. Das Wissen über Polen und insbesondere über Russland ist immer noch recht fragmentarisch. In Deutschland wimmelt es nach wie vor von alten Stereotypen, obwohl sie viel *in puncto* Geschichtsaufarbeitung getan haben, müssen sie noch so einiges nachholen, was den Osten angeht.“¹⁸

In der Auswertung der polnischen Medien wird heutzutage das historische Gedächtnis immer öfter von revanchistischen Kräften instrumentalisiert.¹⁹ Die historischen Symbole wurden besonders stark im Wahlkampf instrumentalisiert, wie z.B. bei der Wahl zum Bundestag am 29. Mai 1998 in Form der Resolution „Vertriebene, Aussiedler und die deutsche Minderheit sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn“²⁰. Darin kam die Hoffnung Deutschlands zum Ausdruck, dass der EU-Beitritt Polens und der Tschechiens zur Überwindung der Kriegs- und Vertreibungsfolgen zu seinen Gunsten beitrüge. Dies wiederum sorgte für Beunruhigung im polnischen Sejm, da Polen dadurch Entschädigungsforderungen seitens deutscher Staatsangehöriger befürchtete.

¹⁷ U. Pałasz, *Stosunki z Niemcami*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej“ 1999.

¹⁸ *Wywiad pt. Niemcy nie odrobili lekcji na Wschodzie Pawła Marszczewskiego z Karlem Schlögelem*, „Dziennik“ vom 26. April 2008, verfügbar auf: http://www.dziennik.pl/dziennik/europa/article107658/Niemcy_nie_odrobili_lekcji_na_Wschodzie.html (abgerufen am 26.04.2008).

¹⁹ Vgl. P. Petrovic, *Jaka polityka historyczna*, Publicystyka Polskie Radio z 4 grudnia 2008, verfügbar auf: <http://www.polskieradio.pl/publicystyka/raport/artykul77789.html>; K. Bachmann, *Wbrew społecznym trendom? Dlaczego niemiecka polityka historyczna była i będzie skuteczniejsza od polskiej*, „Komentarze“, nr 8 z 2 czerwca 2006, verfügbar auf: http://www.niemcy-online.pl/komentarze/polityka_historyczna/; J. Piątek, *Fotyga: Niemcy to historyczny wróg?*, *Polska.pl* z 16 sierpnia 2007, verfügbar auf: <http://wiadomosci.polska.pl/wiadomosc dnia/article,,id,289228.htm> (abgerufen am 15.12.2008).

²⁰ Vgl. *Vertriebene, Aussiedler und die deutsche Minderheit sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn*, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/10845 vom 27. Mai 1998, S. 2.

Eine Versöhnung a priori und ihre Konsequenzen

Die Versöhnungspolitik in den deutsch-polnischen Beziehungen wurde weder systematisch noch konsequent umgesetzt. Dies lässt sich damit erklären, dass es an einer stabilen Grundlage in Form von gemeinsamen realen und langfristigen Interessen mangelte. Infolge des Endes des Kalten Krieges vergrößerte sich die Fläche Deutschlands erheblich. Gleichwohl war es darum bemüht, Ängsten vor einem wiedererstarkten Deutschland vorzubeugen.

Einerseits begünstigen die historischen Erfahrungen bei bilateralen Treffen die Bereitschaft Deutschlands zu Kompromissen und Versöhnungsgesten gegenüber Polen. Dies zeigte sich beispielsweise beim Treffen von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki in Kreisau am 12. November 1989 oder in Form der deutschen Unterstützung Polens bei seinen Bestrebungen, der EU und der NATO beizutreten. Andererseits belasten die historischen Ereignisse die bilateralen Beziehungen. Die Kriegsfolgen wirken in Polen bis heute nach. Polen und Deutschland entzweien viele ungeregelte Streitfragen, die als Folgen des Zweiten Weltkriegs betrachtet werden können. Dabei handelt es sich unter anderem um die Rückgabe von Kulturgütern, individuelle Entschädigungsforderungen und Grenzstreitfragen. Darüber hinaus beeinflussten die historischen Ereignisse die gegenseitigen Wahrnehmungen und Stereotype in beiden Staaten.²¹ Die in Polen verbreiteten, negativen Stereotype über Deutsche bzw. Deutschland, die so charakteristisch für die ältere Generation Polens sind, wurzeln in den Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg.²² Wichtiger für die Entwicklung und Popularität dieser Stereotype ist aber vermutlich die mangelnde Kenntnis des Nachbarn infolge der gegenseitigen Abschottung während des Kalten Krieges.²³

Die Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs wurzeln in der Westverschiebung der polnischen Grenze nach der Niederlage des deutschen Besatzers im Zweiten Weltkrieg, d.h. in der Vergrößerung des Territoriums Polens „auf Kosten“ des Dritten Reiches. Infolge der Westverschiebung Polens 1945 blieben kraft des Dekrets vom 8. März 1946²⁴ über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen in Polen zwischen drei und fünf Millionen deutsche Bürger²⁵ sowie der deutsche Besitz, der vom polnischen Fiskus beschlagnahmt und verstaatlicht wurde. Der rechtliche Status dieses ehemals deutschen Vermögens ist bis heute eine der wichtigsten Streitfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Angesichts der fehlenden gesetzlichen Regelungen scheint dieses Problem

²¹ Siehe A. Polończyk, *Geneza stereotypów polsko-niemieckich oraz ich przełożenie na wzajemny wizerunek w prasie satyrycznej*, verfügbar auf: <http://www.niemcypolska.eu> (abgerufen am 15.12.2008).

²² Vgl. K. Ruchniewicz, *Polska pamięć o wojnie*, odra.net.pl, verfügbar auf: <http://odra.okis.pl/article.php/347> (abgerufen am 26.04.2008).

²³ In den Worten Ruchniewiczs: „Für 20 Prozent Polen ist das weiterhin eine persönliche Erfahrung, für die übrigen – dank der Familienerinnerungen – immer noch lebhaft“, K. Ruchniewicz, *Polska pamięć o wojnie*, vom 26. April 2008, verfügbar auf: <http://odra.okis.pl/article.php/347> (abgerufen am 26.4.2008).

²⁴ Dekret z dnia 8 marca 1946 roku o majątkach opuszczonych i poniemieckich, Dziennik Ustaw – Dz.U., 1946, Nr. 13, S. 87.

²⁵ W. Góralski (Hg.), *Transfer, obywatelstwo, majątek. Trudne problemy stosunków polsko-niemieckich. Studia i dokumenty*, Polnisches Institut für internationale Politik, Warszawa 2005, S. 23.

geradezu unlösbar.²⁶ Die Schwierigkeiten bei der Lösung dieses Problems resultieren aus der aktuellen Rechtslage, die es der polnischen Seite untersagt, den verlorenen Besitz an die ehemaligen Eigentümer zurückzugeben. Nichtsdestotrotz ist die Anzahl der Anträge – insbesondere vor dem EU-Beitritt Polens – angestiegen, in denen Deutsche, die in Landsmannschaften und im Bund der Vertriebenen organisiert sind, die Rückgabe von Kulturgütern und Privateigentum forderten. Man ging von der irrigen Annahme aus, dass mit einem EU-Beitritt Polens eine Implementierung der Vorschriften des europäischen Immobilienrechts verbunden und somit Polen als EU-Mitgliedstaat zur Rückgabe des damals verstaatlichten Eigentums deutscher Bürger gezwungen sei. Die Gesetzgebung der EU umfasst jedoch keine Eigentumsrechte.²⁷

Angesichts so vieler ungeregelter Streitfragen erwies sich die Verwirklichung einer Versöhnungspolitik als schwierig. Die oben genannten Probleme beschäftigen beide Staaten bis heute.

Determinanten einer Normalisierung und Marginalisierung der Versöhnungspolitik

Bis 1998 war in Deutschland die Koalition aus CDU, CSU und FDP an der Macht. Eine der Prioritäten dieser Koalition in den deutsch-polnischen Beziehungen war die Unterstützung Polens beim Bestreben, bald in die EU aufgenommen zu werden. Diese Priorität war auch historisch bedingt: Bereits zur Zeit des Kriegszustandes in Polen unterstützte die CDU mit Kohl an der Spitze die Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“. Im Jahre 1983 sagte der Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Bundestag:

Wir wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen, wie sie in beispielhafter Form von beiden Kirchen eröffnet wurden. Geschlossene Verträge gelten. Wir wollen sie nutzen zum Ausbau unserer Beziehungen.²⁸

Die deutsche Polen-Politik zeichnete sich bis 1998 durch die feste Überzeugung aus, dass Deutschland als Akteur mit großem internationalen Gewicht Polen beim EU-Beitrittsbestreben unterstützen sollte. Ein langwieriger Prozess der Normalisierung der bilateralen Beziehungen setzte ein. Dazu sollten Versöhnungsgesten sowie Bemühungen, die Streitfragen beizulegen, einen wesentlichen Beitrag leisten.

Das, was in Deutschland als Normalisierung der Beziehungen bezeichnet wird, kann als eine Art Einkehr von Routine verstanden werden. Diese Vorstellung lief aber letztlich darauf hinaus, Polen darin zu unterstützen, einen von Deutschland favorisierten Weg zu

²⁶ Siehe: J. Barcz, J.A. Frowein, *Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg*, „International Affairs“, 1/2005, S. 110–143.

²⁷ U. Pałasz, *Stosunki z Niemcami*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej“ 1999, verfügbar auf: http://www.rp.pl/artykul/28,202602_Roszczenia_Pruskiego_Powiernictwa_odrucone.html (abgerufen am 26.04.2008).

²⁸ *Programm der Erneuerung: Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung, Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 4. Mai 1983 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn*, Bulletin, Nr. 43 vom 5. Mai 1983, S. 397–412, verfügbar auf: <http://www.mediaculture-online.de/Politische-Rhetorik.139+M578ecf7c09b.0.html> (abgerufen am 07.12.2008).

gehen. Letztlich war es aber vor allem Polen, das sich um die Aufnahme des Landes in die Strukturen der EU bemühte und entsprechende Vorbereitungen treffen musste. In diesem Sinne äußerte sich auch Helmut Kohl:

Das große Ziel des Beitritts zur Europäischen Union ist eben nicht über Nacht und auch nicht umsonst zu erreichen. Und wir wissen: Was auch immer die Europäische Union zu leisten vermag, um den Weg Polens in diesen Zusammenschluß der Völker Europas zu ebnen, wird sie tun. Aber die Hauptlast auf diesem Weg müssen die Menschen in Polen selbst tragen.²⁹

Jene Normalisierung der Versöhnungspolitik stand im engen Zusammenhang mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen und damit mit dem Erreichen eines der zentralen außenpolitischen Ziele Deutschlands. Noch bevor Polen in die EU aufgenommen wurde, tauchten zahlreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern auf, die letztlich auf divergierende Interessen zurückzuführen sind: in Bezug auf das Entscheidungssystem der EU, insbesondere die Stimmengewichtung bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, und den fehlenden Gottesbezug in der Präambel des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE), die Finanzielle Vorausschau 2007–2013, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Gemeinsame Agrarpolitik.

Unmittelbar vor dem polnischen EU-Beitritt verschärfte sich insbesondere Entscheidungskonflikt Deutschlands, den Verhandlungsprozess zu Ende zu führen und gleichzeitig wichtige eigene Prioritäten zu berücksichtigen. Dies führte allmählich zu einer Marginalisierung der Versöhnungspolitik zugunsten einer Realpolitik, die die Verwirklichung ihrer nationalen und europäischen Interessen anstrebte.

Letztlich verfolgten die beiden Länder innerhalb der EU jeweils ihre eigenen nationalen Interessen. Die noch in den 1990er Jahren vom damaligen polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski heraufbeschworene „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ scheiterte kläglich. Angesichts der Herausforderungen auf gesamteuropäischer Ebene und der Schwierigkeiten bei der Etablierung eines Verständigungsforums für Anliegen, die im Europäischen Parlament oder im Ministerrat hätten gemeinsam durchgesetzt werden können, wurde die Versöhnungspolitik zu Gunsten einer Forcierung nationaler Partikularinteressen der jeweiligen Länder verdrängt.

Eskalation unterschiedlicher Erwartungen

Nachdem die SPD in Koalition mit Bündnis '90/Die Grünen 1998 an die Macht kam, änderte sich das Verhältnis Deutschlands zu Polen in Form einer fortschreitenden Abkehr von der bisherigen Versöhnungspolitik. Der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte zwar in seiner Rede vor dem Bundestag am 11. November 1998: „Die Deutschen werden nicht vergessen, welch unschätzbaren Beitrag die Völker in Ungarn und Polen

²⁹ *Przemówienie kanclerza Republiki Federalnej Niemiec Helmuta Kohla w obu izbach parlamentu Rzeczypospolitej Polskiej*, in: *Zbiór dokumentów. Dokumenty z zakresu polityki zagranicznej 6 lipca 1995 roku*, Warszawa 1995, verfügbar auf: <http://www.zbiordokumentow.pl/1995/3/1.html> (abgerufen am 07.12.2008).

zur Überwindung der deutschen Teilung geleistet haben. Wir wollen sie partnerschaftlich in die EU integrieren.“³⁰

Polen sah allerdings einen Widerspruch zwischen Rhetorik und politischen Entscheidungen darin, dass die Erklärungen über eine engere Partnerschaft und Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb des Weimarer Dreiecks nicht mit den Privilegien einhergingen, welche aus einer solchen Partnerschaft hätten abgeleitet werden können. Dabei handelte es sich vor allem um die Aufhebung der Übergangsfristen für polnische Arbeitnehmer beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Angesichts der Stabilisierung des Złoty und der Weigerung Deutschlands, seinen Arbeitsmarkt für Polen zu öffnen, verlor diese Forderung allmählich an Bedeutung.³¹

Es lag auf der Hand, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen ändern würden. Der Kurswechsel lässt sich auf Entschädigungsforderungen zurückführen, die ihren Ausdruck in der Forderungsresolution des Deutschen Bundestags fanden. Der neue Bundeskanzler zeigte sich zurückhaltender als sein Vorgänger, was die Bevorzugung Polens bei der Erweiterung der EU um die mittelosteuropäischen Staaten betrifft. Gleichwohl unterstützte auch er den polnischen EU-Beitritt in einer Rede im polnischen Sejm am 6. Januar 2000: „Verstehen Sie bitte meine Worte als eine politische Verpflichtung Deutschlands, dass Polen in der Gruppe der Länder sein wird, die als erste der Europäischen Union beitreten.“³²

Bundeskanzler Schröder kündigte an, sich vor allem auf die Senkung der Arbeitslosenquote, die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, eine effizientere Förderung Ostdeutschlands, den Umweltschutz und die Förderung alternativer Energiequellen zu konzentrieren. Er vertrat zusammen mit Tony Blair eine neue politische Strömung, die sich der Suche nach einem „neuen Weg“ der Sozialdemokratie verpflichtete. Die Erklärung vom 11. November stellt klar, dass Deutschland auch weiterhin ein verantwortlicher Partner auf europäischer wie globaler Ebene sein wolle. Konkretere Vorstellungen enthielt der Koalitionsvertrag vom Oktober 1998. Darin findet man ein Sonderkapitel zur Außenpolitik mit dem Titel „Europäische Einheit, internationale Partnerschaft, Sicherheit und Frieden“³³. Im nächsten Jahr fanden diese Ziele erneut Erwähnung in einem zentralen Dokument, das gegen Ende 1999 erarbeitet wurde und den Titel „Agenda 2000“ trug. Darin hob man hervor, dass die Sicherung des Friedens

³⁰ Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, abgegeben am 10. November 1998 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn (Auszüge zur Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik), Dezember 1998, verfügbar auf: <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1998/dezember98/regierungserklärung-von-bundeskanzler-gerhard-schroder-abgegeben-am-10-november-1998-vor-dem-deutschen-bundestag-in-bonn-auszüge-zur-aussen-sicherheits-und-europa-politik.html> (abgerufen am 09.12.2008).

³¹ Kopernikus-Gruppe, Mitteilung über die Sitzung der „Kopernikus-Gruppe“ am 7./8. November 2008, verfügbar auf: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Projekte/Projekte-Aktuell/Kopernikus-Gruppe/raport16.php> (abgerufen am 24.03.2009).

³² P. Jendroszczyk, *Apel kanclerza do Unii*, „Rzeczpospolita“ vom 7. Dezember 2001.

³³ *Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998*, verfügbar auf: <http://www.oktober1998.spd-parteitag.de/politik/koalition/download/vertrag.doc> (abgerufen am 07.12.2008).

und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit vor allem im kulturellen Bereich von größter Relevanz seien.³⁴

Die darauf folgende Bundestagswahl im Jahr 2002 bestätigte die bisher regierende Koalition. Die zentralen Elemente der Außenpolitik wurden im Kapitel IX des Koalitionsvertrags vom 22. September 2002 festgelegt.³⁵ Die Bundesregierung erklärte ihre Absicht, die bisherigen Ziele der Außenpolitik weiter zu verfolgen. Dabei maß man der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Lösung regionaler Konflikte größere Bedeutung bei. Zudem zeichnete sich ein außenpolitischer Wandel insbesondere in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen ab, wie insbesondere in der kritischen Position zum Irak-Krieg deutlich wurde.

Die Friedenspolitik gehörte zu den Kernelementen *des deutschen Weges* und resultiert aus den historischen Erfahrungen Deutschlands. Dies war auch relevant für die Bedeutung militärischer Mittel in der deutschen Außenpolitik. Aufgrund jener historischen Erfahrungen und damit einhergehend auch der pazifistischen Einstellungsmuster in der deutschen Gesellschaft verzichtete Deutschland auf die Schaffung eines stehenden Heers. Zudem wurde die Möglichkeit eines Zivildienstes als Ersatz für die Absolvierung eines Wehrdienstes eingeführt. Auch die Militärausgaben wurden gesenkt, wenngleich sich auch deutsche Soldaten an sogenannten Friedensmissionen beteiligten. Diese Entscheidungen beruhten auf einer Ablehnung einer Machtpolitik und trafen auf eine große Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Deutschland betrachtet sich selbst als Zivilmacht, welches „in der Außenpolitik eher die Kooperation, Integration sowie multilaterale und friedliche Zusammenarbeit in Europa anstrebt“³⁶.

Deswegen stieß die Entscheidung der polnischen Regierung, die militärische Intervention im Irak zu befürworten, in Deutschland auf scharfe Kritik. Dabei zeigte sich, welch grundverschiedene Interessen die beiden Länder verfolgen. Mit den Worten Sławomir Dębski: „Polen mag eher bereit sein, militärische Mittel einzusetzen, falls es zu einer Eskalation von inneren Konflikten kommt, bei Verdacht auf Völkermord oder bei einem Ausbruch von ethnischen Konflikten in der näheren Umgebung der EU.“³⁷

In Bezug auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen spielten die USA eine indirekte Rolle. Mit dem Einflussverlust der von Deutschland zugesicherten Unterstützung im Bereich der Expansionsbestrebungen im Irak wandte sich die USA an einen Nachbarn Deutschlands – Polen. Im Jahre 2003 zeigte Polen seine Unterstützung eines US-Angriffs gegen den Irak und begann im 2005 mit den USA über Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Polen zu verhandeln. Der von Tschechien, Dänemark, Spanien, Polen, Portugal, Ungarn, Großbritannien und Italien unterzeichnete „Brief der Acht“ vom 30. Januar 2003 befürwortete die US-Militärintervention im Irak. Der

³⁴ E. Cziomer, *Główne interesy i cele polityki zagranicznej zjednoczonych Niemiec. Dyskusje i kontrowersje*, „Państwo i Społeczeństwo“ 2004, Nr. 1, S. 75.

³⁵ *Koalitionsvertrag 2002–2006: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich Starkes, soziales und ökologisches Deutschland*, vom 16. Oktober 2002, verfügbar auf: <http://www.archive.org/details/ErneuerungGerechtigkeitNachhaltigkeit> (abgerufen am 07.12.2008).

³⁶ E. Cziomer 2004, a.a.O., S. 70.

³⁷ S. Dębski, *Tożsamość i doświadczenia historyczne Polaków*, in: S. Dębski, T. Jaskułowski (Hg.), *Pol-ska – Niemcy. Tożsamości i kryteria bezpieczeństwa w stosunkach transatlantycznych*, Polnisches Institut für internationale Politik, Warszawa, S. 73.

Widerstand Deutschlands und Frankreichs gegenüber dem US-Angriff polarisierte die politische Bühne Europas.

Ähnliche Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen ließen sich nur wenig später beobachten, die durch die Verhandlungen zwischen den deutschen Konzernen E.ON-Ruhrigas und BASF sowie dem russischen Unternehmen Gazprom über den Bau einer Ostsee-Gaspipeline verursacht wurden, als auch durch den Streit über den Bau von Elementen eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen. Erneut fanden sich Deutschland und Polen in verschiedenen Lagern wieder. Im Falle der Gaspipeline durch die Ostsee sah Polen seine Energiesicherheit gefährdet, so dass dieses Projekt das gegenseitige Misstrauen zwischen Polen und Deutschland verstärkte.

Das Raketenschild, über dessen Errichtung die USA mit Polen verhandelten, wurde in Russland als ein Projekt betrachtet, das den eigenen Sicherheitsinteressen zuwider läuft. Die Entscheidung über den Bau der Gaspipeline ohne Einbeziehung der anderen europäischen Länder, darunter auch Polen, wirkte sich negativ auf die deutsch-polnischen Beziehungen aus und demonstrierte die Differenzen im Bereich der europäischen Energiesicherheit.

Was die Polen-Politik Deutschlands in diesem Zeitraum angeht, so war die Koalitionsregierung aus SPD/Bündnis '90/Die Grünen mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Es handelte sich dabei um die Forderungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) unter Erika Steinbach (CDU), ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten.³⁸ Die Bundesregierung distanzierte sich deutlich von diesem Projekt, das von einem Mitglied der Oppositionspartei forciert wurde, und forderte, dass man dem Vorhaben eine internationale Dimension verleihen sollte. Im Jahre 2004 erklärte Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch in Polen: „Die Bundesregierung ist gegen die Pläne, ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zu errichten. Wir befürworten hingegen das Vorhaben, ein europäisches Netzwerk zu errichten.“³⁹ Trotz dieser Erklärung der Bundesregierung sorgten die Aktivitäten des BdV in der deutschen Gesellschaft für Argwohn.

Ein wichtiges Anliegen der deutschen Bundesregierung war die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, der einen Machtzuwachs Deutschlands innerhalb der EU bedeuten würde. Vor diesem Hintergrund tauchten Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen auf, da die Definition der so genannte doppelten Mehrheit, die im Vertrag über eine Verfassung für Europa sowie im Vertrag von Lissabon vereinbart wurde, von der polnischen Regierung abgelehnt wurde. Außerdem hatten die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme in Deutschland, die im Zusammenhang mit den Kosten der deutschen Wiedervereinigung sowie der Einführung der Agenda 2000 standen, zur Folge, dass ökonomische Kalküle wichtiger wurden und die historischen Erfahrungen an Bedeutung verloren. Dies erklärt, warum keine für Polen günstigere Regelung bei der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus Mittelosteuropa gefunden werden konnte.

³⁸ Siehe: W. Szczypka, *Rola Związku Wypędzonych w Niemczech na przełomie XX i XXI wieku – stan obecny i perspektywy na przyszłość*, in: *Polacy i Niemcy wspólni w integrującej się Europie. Szanse i wyzwania*, Kamila Mazurek, Olga Plaze (Hg.) Kraków 2010.

³⁹ http://www.ambasadaniemiec.pl/files/BK-Rede_1.8.2004-pl.pdf (abgerufen am 07.12.2008).

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die bilaterale Zusammenarbeit auf die deutsche Unterstützung der polnischen Transformation und die beidseitige Förderung nachbarschaftlicher Kontakte konzentrierte. Unter den Politikern der BRD herrschte die Meinung vor, dass es ihre Pflicht sei, diese Staaten wirtschaftlich und in ihren Bestrebungen, der EU und der NATO beizutreten, zu unterstützen.

Die Nachbarschaft ist allerdings mit Problemen konfrontiert, die sich aus der Asymmetrie in der sozio-ökonomischen Entwicklung beider Länder ergeben. Trotz aller Bemühungen der BRD stehen die bisherigen Transformationserfolge in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten und Bedürfnissen der mittelosteuropäischen Länder.

Angesichts dieser Probleme sowie erst recht in Bezug auf Russland und die USA verlor die Versöhnungspolitik an Bedeutung. Eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen setzte ein. Zunehmend beschränkte sich die Zusammenarbeit auf die Ebene der Gemeindepartnerschaften, während auf Regierungsebene – insbesondere nach diesen vielen Kontroversen – sich kaum noch jemand an die Versöhnungspolitik in ihrem ursprünglichen Sinne erinnerte, wie sie noch Anfang der 1990er Jahre formuliert und verfolgt wurde. Die Nachbarschaft wurde zum Alltag. In Polen stellten sich zwar im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung Transformationserfolge ein, doch ist dies vorrangig auf seine EU-Mitgliedschaft zurückzuführen. In den Aussagen von Politikern hörte man zu oft von einer Verfolgung nationaler Interessen, was noch zusätzlich den Eindruck verstärkt, dass man den Kerngedanken der europäischen Integration völlig missversteht.

Die Regierungswechsel in Deutschland (2005) und in Polen (2007) haben einen neuen Abschnitt in den deutsch-polnischen Beziehungen ermöglicht. Gute Beziehungen sind „nicht nur zur politischen Notwendigkeit geworden, aber auch zur Sache, die am Herzen liegt“ (so Bundeskanzlerin Angela Merkel) und „auf Wahrheit basieren soll“ (so Polens Premierminister Donald Tusk).⁴⁰

⁴⁰ A. Merkel: Stosunki polsko-niemieckie sprawą serca, verfügbar auf: <http://fakty.interia.pl/swiat/news/merkel-stosunki-polsko-niemieckie-sprawa-serca,1267256> (abgerufen am 30. 03 2009).